

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 848 ppbn d  
Telefax: 21 05 64



## Inhalt

Karl-August Kamilli  
MdB zum Pariser  
KSZE-Gipfel: "Charta  
für ein neues Europa"  
nur der Anfang.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB  
zum Vorwurf der Mil-  
lionen-Schieberei der  
Ost-CDU: Offene Fra-  
gen an Lothar de Mai-  
ziere.

Seite 3

Egon Lutz MdB zu den  
Enthüllungen über  
'Gladio' bzw. 'Stay-Behind':  
Gefährliches Eigenleben.

Seite 4

Horst Sielaff MdB zur  
Notwendigkeit den  
deutsch-polnischen  
Verständigungsprozeß  
zu schützen: Machtwort  
Kohls gegen Czaja und  
Co. erforderlich.

Seite 5

Traute Müller zum Tod  
des Hamburger SPD-  
Politikers Heinrich  
Braune: Verlust eines  
weisen Ratgebers.

Seite 6

45. Jahrgang / 224

23. November 1990

### "Charta für ein neues Europa" nur der Anfang Zum Pariser KSZE-Gipfel

Von Karl-August Kamilli MdB

Mit der KSZE-Gipfelkonferenz von Paris hat eine neue Ära in der Geschichte des europäischen Kontinents begonnen. Durch die deutsche Einigung sowie die tiefgreifenden politischen Wandlungen in Osteuropa sind mehr als nur geringfügige Korrekturen an der bisherigen europäischen Architektur möglich geworden. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wird die gesamteuropäische Einigung zur Perspektive einer bisher auf Westeuropa beschränkten, gleichwohl gesamteuropäisch propagierten Integrationsidee.

I.

Wir Sozialdemokraten blicken mit Stolz auf die Ergebnisse des Pariser Gipfels. Sie dokumentieren die Richtigkeit jenes Prozesses, den die vom SPD-Politiker Helmut Schmidt geführte Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - gegen die Stimmen von CDU und CSU - in die Wege geleitet hat. Die in der Schlußakte von Helsinki vereinbarten Prinzipien über Sicherheit und Zusammenarbeit haben sich als ein tragfähiges Fundament erwiesen, auf dem sich in Europa ein mehr an Sicherheit, Abrüstung und der Freiheitsgedanke entwickeln konnten. Schließlich hat die Kopplung zwischen Korb 1 und Korb 3 der Schlußakte, also zwischen Sicherheit/Abrüstung und Menschenrechten, zu einem Wandel in den gesellschaftlichen Verhältnissen in Osteuropa geführt. Das bestätigt die Richtigkeit des Konzeptes "Wandel durch Annäherung", das Egon Bahr in den siebziger Jahren entwickelt hat.

Mit der in Paris beschlossenen Institutionalisierung zeigt sich eine neue Perspektive für die KSZE auf. Es endet die erste Phase der KSZE, denn der Ost-West-Gegensatz schwindet, die Spaltung Europas wird überwunden. Die Idee der Zusammenarbeit erhält einen neuen Inhalt, Bekundungen zu mehr Kooperation sind keine leeren Worte mehr. Somit beginnt eine zweite Phase der KSZE

II.

Wenngleich sich Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als vorherrschende Prinzipien in den Beziehungen der KSZE-Teilnehmerstaaten durchgesetzt haben, der Wandel in Osteuropa stellt den Kontinent vor qualitativ neue Probleme. Sicherheit bedeutet längst noch nicht Stabilität, Zusammenarbeit kann nicht über das ökonomische Gefälle Ost-West hinwegtäuschen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Primärgüter Zeitung  
mit vermehrt Recycling-  
Recycling-Papier



Politische, militärische und ökonomische Stabilität wächst nicht automatisch. Der Übergang zu einer multipolaren Welt erhöht die Zahl der weltpolitischen Akteure. Damit mehrt sich zwar einerseits auch die Zahl der Kooperationsmöglichkeiten, es birgt aber andererseits die Gefahr vermehrter Konflikte, vor allem nationalistischer Art, in sich. Die Wandlungen in Osteuropa haben nicht nur in der ehemaligen DDR zu einem nationalen Besinnen geführt. Ähnliches ist in Rumänien oder Jugoslawien festzustellen. Eine besondere Rolle kommt der UdSSR zu. Wird sie weiterhin als ein Staat in der KSZE vertreten bleiben oder kommen einzelne Republiken als weitere KSZE-Teilnehmer hinzu? Wie wirken sich die Nationalitätenkonflikte auf die politische, ökonomische und militärische Struktur in Europa aus?

Die Institutionalisierung des KSZE-Prozesses bietet die Möglichkeit, stabilitätsfördernd wirksam zu werden. Zudem, das darf man nicht vergessen, existiert die KSZE nicht in einem luftleeren Raum. Haben sich osteuropäische Zusammenschlüsse wie RGW oder Warschauer Vertrag nur unter Zwang als Institutionen für die Kooperation erwiesen, sind NATO, EG oder Europarat bewährte und stabile Organisationen, auf die sich die KSZE stützen kann. Auch wenn sich neuartige politische, ökonomische und sicherheitspolitische Beziehungen herausbilden, erweisen sich EG, Europarat, NATO u.ä. als unverzichtbar auf dem Weg zur europäischen Einigung. Die KSZE steht zugleich als Brücke zwischen Europa und den Supermächten wie als Brücke zwischen Europa und dem nordamerikanischen Kontinent.

### III.

Um dem Funktionswandel der KSZE in vollem Umfang gerecht zu werden, erweisen sich weitere Fortschritt bei der Institutionalisierung als notwendig. Diese sollten alle drei Körbe betreffen und auch einen weiteren wichtigen Schwerpunkt, nämlich die Ökologie, einbeziehen.

Die KSZE könnte sich zu einer die europäische Einigung überwölbenden Institution entwickeln:

- Der Warschauer Vertrag ist in Auflösung begriffen, die NATO nur auf einige Länder Westeuropas begrenzt. Für eine europäisch abgestimmte Sicherheitspolitik fehlt derzeit jeder institutionelle, aber auch informelle Rahmen. Auch wenn dieser erst in weiter Perspektive geschaffen werden kann, sollte in der KSZE darüber nachgedacht werden, wie künftig europäische sicherheitspolitische Belange geregelt werden. Ein erster Schritt dazu ist sicher das zu schaffende Streitschlichtungszentrum. Darüber hinaus sollte sich ein Gremium aus jeweils einem für Sicherheitspolitik verantwortlichen Staatenvertreter bei der KSZE konstituieren, das regelmäßig tagt. Dieses Gremium könnte im Falle außereuropäischer Konflikte, die die europäische Sicherheit berühren, die Haltung der KSZE-Mitgliedstaaten abstimmen und damit in der UNO vorsprechen.

Zudem könnten später KSZE-Streitkräfte aus nationalen Kontingenten ähnlich der deutsch-französischen Brigade entstehen. Diese wären entsprechend den Peace Keeping-Missionen der UNO nur mit dem Einverständnis aller Beteiligten und in friedenserhaltenden europäischen Angelegenheiten einzusetzen.

- Die EG sollte überprüfen, inwieweit sie sich für ganz Europa öffnet. Die weithin diskutierte Einbeziehung militärischer sowie sicherheitspolitischer Entscheidungen in die Arbeit der EG behindert eine europaweite Integration und sollte anderen Gremien wie NATO und WEU überlassen werden.
- Viel zu lange schon wurde Sicherheit rein militärisch definiert. Zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff gehört neben der ökonomischen und humanitären Dimension auch die ökologische Komponente. Eine Expertengruppe sollte sich den grenzüberschreitenden Umweltproblemen annehmen und den ökologischen Zustand in Europa analysieren. Ein europäisches Umweltlabor mit einer Ökologiedatenbank wäre - mit Sitz in der Sowjetunion - denkbar. Nach Erstellen der Analyse sollte auf einer KSZE-Gipfelkonferenz beraten werden, wie künftig weiter mit dem Schutz der europäischen Umwelt verfahren wird.

Die "Charta für ein neues Europa" kann nur ein Anfang für neue Staatenbeziehungen auf dem europäischen Kontinent sein.

(-/23. November 1990/rs/fr)

### **Offene Fragen an Lothar de Maiziere** **Zum Vorwurf, der Millionen-Schieberei der Ost-CDU**

**Von Horst Niggemeler MdB**

Nach den Millionen-Schiebereien der PDS ist jetzt auch der begründete Verdacht aufgekommen, daß die Blockpartei CDU Parteigelder in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe ins Ausland geschafft hat und schaffen wollte

In einem Fernschreiben der Kopenhagener Handelsbank an die DDR-CDU wird jedenfalls bestätigt, daß "Geld in großen Koffern" bei der dänischen Bank eingegangen sei. 32 Millionen DM. Weitere 154 Millionen DM sollten folgen.

Der ganze Vorgang bedarf dringend der Aufklärung. Der jetzige Bundesminister für besondere Aufgaben und ehemalige DDR-CDU-Chef Lothar de Maiziere ist damit unversehens ins Zwielicht geraten.

Da gibt es eine Reihe von offenen Fragen. Wie zum Beispiel erklärt es sich, daß de Maiziere einräumt, das Fernschreiben mit dem entsprechenden Inhalt erhalten und sofort an den Generalstaatsanwalt weitergeleitet zu haben, ohne jedoch je wieder etwas davon zu hören?

Es ist doch höchst eigenartig, daß der DDR-CDU-Chef einen für seine Partei so brisanten Vorgang - es ging immerhin um 32 Millionen DM CDU-Gelder - offenbar ohne eine gezielte Nachprüfung in der parteieigenen Buchhaltung an den DDR-Generalstaatsanwalt weitergeleitet und sich damit zufrieden gibt, daß der Generalstaatsanwalt darauf nicht reagiert.

Das hört sich so an, als hätte es zur Normalität des CDU-Alltags in der DDR gehört, daß mal eben 32 Millionen DM in großen Koffern zu einer dänischen Bank gebracht werden.

Im übrigen hat Lothar de Maiziere auf dem CDU-Sonderparteitag Mitte Dezember 1989 in Ostberlin zur Praxis der CDU-Finanzierung durch die SED ausführlich berichtet und das in nichtöffentlicher Sitzung des ansonsten öffentlichen Parteitages getan. Das nennt man wohl versteckte Offenheit.

Was da an Feinlichkeiten vor der Öffentlichkeit zu verbergen war, sollte de Maiziere jetzt offenbaren.

Eine weitere Frage an de Maiziere als dem damaligen CDU- und DDR-Regierungschef ist der höchst seltsame Umstand, daß nach dem am 31. Mai 1990 ergänzten Parteiengesetz der DDR zwar "eine Vermögensübersicht nach dem Stand vom 7. Oktober 1989 über die seitdem erfolgten Veränderungen zu erstellen" war, aber die aus der CDU-Kasse transferierten 32 Millionen DM aus Anfang Dezember offenbar dabei nicht aufgetaucht sind. Wer hat da kaschiert, was nicht hätte kaschiert werden dürfen. Das Fernschreiben war dem CDU-Chef de Maiziere nach eigenem Eingeständnis doch bekannt! Und er hat es für so bedeutsam gehalten, daß er es an den Generalstaatsanwalt weitergeleitet hat!

Und weiter: Was hat den obersten DDR-Ankläger (SED) bewogen, seinem Regierungschef keine weiteren Informationen darüber zukommen zu lassen, was es mit diesem Fernschreiben aus Kopenhagen auf sich hat? Immerhin war auch darin die Rede von der Luxemburger Kripo, die von Kopenhagen aus über den Vorgang informiert worden war, weil die Millionen auf Geheimkonten der luxemburgischen Filiale der dänischen Bank überwiesen werden sollten.

Und was wußte CDU-Generalsekretär Rühle, der noch am 31. Oktober 1990 das Barvermögen der Ost-CDU mit nur 13 Millionen DM beziffert hat? War ihm von seinem Parteifreund de Maiziere möglicherweise verschwiegen worden, daß da nach dem 7. Oktober 32 Millionen CDU-Gelder ins Ausland abgeflossen sind?

Kenner der Szene im Berliner Blockparteien-Dschungel vermuten, daß hier nur die Spitze eines Eisberges sichtbar geworden ist.

Zu dem Skandal der Millionen-Schiebereien der DDR-CDU kommt jetzt noch der peinliche Umstand, daß der frühere DDR-CDU-Chef de Maiziere als Bundesminister ein Regierungsamt bekleidet. Das sollte die Justizorgane nicht daran hindern, jetzt tätig zu werden, um das zwielichtige Dunkel um die zu vermutenden Millionen-Schiebereien in der früheren CDU-Zentrale des Herrn de Maiziere aufzuheilen.

(-/23. November 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Gefährliches Eigenleben**

**Zu den Enthüllungen über "Gladio" bzw. "Stay-Behind"**

**Von Egon Lutz MdB**

**Mitglied des Innenausschuß des Deutschen Bundestages**

Die bundesdeutschen Nachrichtendienste sind um einen neuen - diesmal beispiellosen Skandal - reicher. Es handelt sich um die Operation "Gladio", oder wie es beim Bundesnachrichtendienst hieß, "Stay-Behind" (hinter den Linien); operierende Partisanen, die bei einem angenommenen Überfall der Sowjets auf Westeuropa wirksam werden sollten. Als Partisanen, als Spione, als Schleußer führender Politiker und Wissenschaftler in das noch nicht besetzte Ausland.

Eingerichtet wurde die Truppe in den frühen fünfziger Jahren. Und Jahr für Jahr, bis in die heutige Zeit hinein trainiert und mit modernstem technischem Gerät ausgestattet. Ihr Unterhalt verschlang jährlich Millionenbeträge und dabei war sie so geheim, daß nicht einmal die jeweiligen Regierungen, einschließlich Bundeskanzler und Bundesverteidigungsminister, von ihrer Existenz wußten.

Eingefallen war die Terror-Organisation den Amerikanern. Sie allein bestimmten über Planung und Operationsziele der "Gladio". Und sie allein bekamen die Informationen, die die Truppe sammelte, zu Gesicht. In Italien wurde der Skandal ruchbar. Aber alle europäischen Verbündeten der USA sind darin verstrickt. Und in allen Ländern geschah es nach dem gleichen Schema: hier wurde ein Staat im Staate aufgebaut, von dem die jeweiligen Regierungen, geschweige denn die Parlamente, keine Ahnung hatten. Ergo klingt auch die Beteuerung, die Truppe habe nur im x-Fall tätig werden sollen, reichlich albern. Wenn dem so wäre, hätte man das Unternehmen nicht so sorgfältig vor den Regierungen und Parlamenten verstecken müssen. 1991, so hört man jetzt, soll es angesichts der veränderten politischen Großwetterlage, beerdigt werden. Ende gut, alles gut? Nichts ist gut! Jetzt kommt es auf die politische Aufarbeitung dieses beispiellosen Vorgangs an.

Wie Regierungen übergangen, Parlamente getäuscht, Verfassung und Gesetz außer Kraft gesetzt, nationale Souveränität mißachtet und möglicherweise auch subversive Aktionen gegen das jeweils eigene Volk gestartet wurden, das muß jetzt aufgeheilt werden. Von Altbundeskanzler Schmidt weiß man definitiv, daß er weder als Verteidigungsminister, noch als Bundeskanzler über die "Stay Behind"-Partisanen informiert war. Und daß weder Kohl noch Stoltenberg wußten, was da läuft, kann man getrost unterstellen. Gleiches gilt für den Haushaltsausschuß, den man über den Verwendungszweck der Millionen, die arglos Jahr für Jahr bewilligte, bewußt täuschte. Das erlaubten sich wohlgeremt Beamte des BND, die wie jeder andere Staatsdiener auch, auf die Verfassung und das Recht der Bundesrepublik Deutschland, keineswegs aber auf die Umtriebe des CIA eingeschworen worden sind. Über Jahrzehnte ging das so, der pure Zufall brachte den Skandal an das Licht der Öffentlichkeit. Keine Regierung, kein Parlament der Welt, das noch einen Funken Selbstachtung hat, kann das dulden. Hier muß ein Exempel statuiert werden - oder die Dienste werden immer hemmungsloser in ihren Verfassungs- und Rechtsbrüchen.

Der erste Untersuchungsausschuß des 12. Deutschen Bundestages ist also schon vorgegeben. Er wird ein schweres Stück Arbeit vor sich haben. Gilt es doch, für die Zukunft auszu-

schließen, daß die Dienste weiter wie eine Organisation eigenen Rechts in unserem Staat herumoperieren. Mit dem bloßen Abstellen der erkannten Aktivitäten allein ist es nicht getan. Weiß man denn wirklich, was sich alles noch im Dunstkreis unserer Dienste und außerhalb der Legalität, tummelt? Daß auch bei dieser Terrororganisation die alten Hitler-Schergen kräftig an den Schaltstellen mitgemischt haben, versteht sich von selbst, sollte aber auch nicht aus dem Auge verloren werden.

Schon jetzt pfeifen es, allen offiziellen Dementis zum Trotz, die Spatzen von den Bonner Dächern, daß die heutigen Dienste sich des Sachverstands der besten Stasi-Kräfte aus der DDR-Hinterlassenschaft bedienen. Das hätten sie auch bitter nötig, meinen die Zyniker. So, als ob es nur ein Grund zum bitteren Gelächter wäre.

Die Kernfrage steht, ob es weiter hingenommen werden darf, daß die Dienste ein Eigenleben am Parlament, manchmal sogar an der Regierung vorbei, führen dürfen. Das kann, das darf nicht hingenommen werden. Das jetzige Kontrollinstrumentarium des Parlaments ist mit seiner Aufgabe hoffnungslos überfordert. Hier muß man ansetzen. Und nicht darauf bauen, daß irgendwann irgendwie doch alles ans Tageslicht komme. Wenn die Dienste den Respekt vor der Politik verlieren, und das haben sie längst, glimmen die Balken im Dach des Hauses der Demokratie. Und die Parlamente sind gefordert, einen Schwelbrand zu löschen.

(-/23. November 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Machtwort Kohls gegen Czaja und Co erforderlich**

**Zur Notwendigkeit den deutsch-polnischen Verständigungsprozeß zu schützen**

**Von Horst Stelaff MdB**

**Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)**

Das Ende der Nachkriegszeit und die auf der KSZE-Konferenz in Paris besiegelte Aussöhnung der europäischen Staaten erfordert ein neues Denken und Konsequenzen insbesondere in der Auslandsdeutschen- und Vertriebenenpolitik.

In einem Europa der durchlässigen Grenzen ist für Nationalismus und Besitzansprüche kein Platz mehr. Umso mehr Raum gibt es indessen für kulturellen Austausch, gegenseitige Verständigung und die Pflege der eigenen Sprache, Tradition, Musik, Literatur und Geschichte.

Daß die Beschäftigung mit diesen Dingen heute vielfach naserümpfend als "Deutschtümelei" abgetan werden kann, liegt wesentlich daran, daß der Erhalt deutscher Kultur und Tradition in der Vergangenheit nicht selten mit Nationalismus und deutschem Überlegenheitsdünkel verbunden gewesen ist. Jetzt endlich haben wir die Chance, nicht nur neue Freizügigkeit im gegenseitigen Umgang zu schaffen, sondern auch Denkschablonen abzulegen und die Beschäftigung mit deutscher Kultur und Sprache zur ausgestreckten Hand von West nach Ost an der Nahtstelle der ehemaligen Systemgrenze werden zu lassen.

In dieser Hinsicht sehe ich bedeutende Aufgaben der Organisationen von Deutschstämmigen im Ausland und ihren inländischen Dependancen.

Der BcV-Präsident Czaja will oder kann sich allerdings offenbar nicht von Rückwärtsgeradem abwenden. Das illustrieren seine jüngsten Ausfälle gegen "schillernde Figuren" in Polen und "Poleneuphoriker" in der eigenen Partei. Nötig ist endlich ein Wort des Parteivorsitzenden Kohl - in anderen Fragen mit "Machtworten" ja nicht zimperlich -, um Schaden von den jungen deutsch-polnischen Normalisierungsprozessen abzuwenden. Politische Entgleisungen, wie der polnischen deutschstämmigen Senatorin Simonidis "Gleichschaltung"sabsichten zu unterstellen, dürfen die Auseinandersetzungen, insbesondere die mit Polen, nicht bestimmen, gleich um welche Meinungsverschiedenheiten es geht.

Der BdV konzentriert sich in letzter Zeit darauf, diejenigen anzugreifen, die das Bleiben der Deutschstämmigen in der polnischen, russischen usw. Heimat fördern wollen und Kulturförderung, Sprachförderung und andere Dinge, die die deutsche Tradition am Leben erhalten, unterstützen. Befürchtet der BdV ein "Austrocknen" des eigenen Vereins, wenn sich das Verhältnis zu den ost- und südosteuropäischen Ländern normalisiert? Kaum anders ist die Aggressivität, mit der Czaja seine eigenen Parteifreunde angreift, erklärbar.

Gerade andersherum wird aber ein Schuh daraus: Eine Kehrtwendung in der Politik führender Vertriebenenfunktionäre ist notwendig, um der Sache, um die es geht, dienlich zu sein und den Deutschstämmigen im Ausland ihre ethnische Identität in Würde zu erhalten.

(-/23. November 1990/rs/tr)

\*\*\*\*\*

**Mit Heinrich Braune ging ein weiser Ratgeber von uns**  
**Zum Tod des Hamburger SPD-Politikers und Gründer der "Hamburger Morgenpost"**

**Von Traute Müller**  
**Vorsitzende der Hamburger SPD**

Heinrich Braune ist tot. Nach schwerer Krankheit ist er im Alter von 86 Jahren gestorben. Mit ihm verlieren nicht nur die Hamburger Sozialdemokraten, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt eine hervorragende Persönlichkeit, die sich um die Gestaltung unseres Gemeinwesens große Verdienste erworben hat.

Er war ein politischer Kopf und umtriebiger Geist, ein kämpferischer Demokrat und politischer Streiter, sein Leben lang.

Heinrich Braune hat den Untergang der Weimarer Republik bewußt miterleben müssen. Er verkörperte ein Stück Kontinuität sozialdemokratischer Politik aus den Tagen von Friedrich Ebert.

Heinrich Braune war ein überzeugter und pflichtbewußter, temperamentvoller, aber in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner stets fair und sachlich argumentierender Sozialdemokrat. Sein Einsatz für die Hamburger SPD blieb bis in die vergangenen Wochen hinein unermüdlich.

Heinrich Braunes Rat hatte bis zuletzt Gewicht in der Hamburger SPD.

Als Vollblutjournalist und Gründer der "Hamburger Morgenpost" war er ein Muster an Sorgfalt und Redlichkeit. Er hat sich damit in Hamburg Ansehen und Achtung erworben.

Wir Sozialdemokraten verlieren einen erfahrenen Genossen und weisen Ratgeber, dessen wir stets gedenken werden. Heinrich Braune wird einen Platz in der Geschichte unserer Partei erhalten. Seine Autorität gründete sich auf Person und Leistung. Es ist sein Leben, das ihn ehrt.

(-/23. November 1990/rs/tr)

\*\*\*\*\*